

VORTRÄGE UND AUFSÄTZE

**Österreichs Wirtschaft
an der Jahreswende 1972/73**

Rückschau und Ausblick

FRANZ NEMSCHAK

**Nr. 32
Wien 1973**

**ÖSTERREICHISCHES
INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1972/73

	Seite
Begrüßung durch Präsident Rudolf Sallinger	3
<i>Gliederung des Vortrages</i>	
Vorläufige Hauptergebnisse 1972	5
Rückschau	7
Prognose 1973	12
Längerfristiges Wirtschaftswachstum unter Bedachtnahme auf die „Qualität des Lebens“	17
Anhang	
Prognose der Zuwachsraten des realen Sozialproduktes Österreichs	20
Internationale Prognosen der Zuwachsraten des realen Sozialproduktes und der Verbraucherpreise	21

Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1972/73

Rückschau und Ausblick

Am 21. Dezember 1972 hielt der Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Prof. Dr. Franz *Nemschak*, vor Mitgliedern und geladenen Gästen des Institutes im Wiener Konzerthaus (Mozartsaal) einen *Vortrag* über „Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1972/73“.

Begrüßung durch Präsident Rudolf Sallinger

Der Präsident des Institutes, Rudolf *Sallinger*, begrüßte die Zuhörer und gab bekannt, daß Prof. *Nemschak* Ende 1972 als Leiter des Institutes zurücktreten wird:

„Professor *Nemschak*, den ich in Ihrem Kreis nicht vorzustellen brauche, wird sich mit seinem heutigen ‚Weihnachtsvortrag‘ im Konzerthaus als Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung verabschieden. Professor *Nemschak* tritt freiwillig zurück, nachdem er heuer 65 Jahre alt geworden ist. Er wird jedoch künftig dem Vorstand des Institutes angehören und die Leitung des neu gegründeten ‚Wiener Institutes für Internationale Wirtschaftsvergleiche‘ übernehmen. Ich hoffe sehr, daß die reichen Erfahrungen, profunden Sachkenntnisse und die starke Dynamik Prof. *Nemschaks* unserem Land noch viele Jahre zur Verfügung stehen werden.

Professor *Nemschak* hat das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung nach Kriegsende unter großen Schwierigkeiten aufgebaut und seither in bewährter Manier geleitet. Prof. *Nemschak* hat sich um Österreichs Wirtschaft und Staat große Verdienste erworben, sein größtes Verdienst besteht meines Erachtens aber darin, daß er bereits 1945 die maß-

geblichen Persönlichkeiten in Staat und Wirtschaft davon überzeugen konnte, daß dieses Institut unabhängig und überparteilich sein müsse, und daß er imstande war, dieses Prinzip auch durchzusetzen.

Obwohl ich als Politiker und Obmann des Wirtschaftsbundes nicht immer mit den Aussagen des Institutes einverstanden bin, respektiere ich die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit des Institutes. Ich möchte daher auch den Nachfolger von Professor *Nemschak*, Professor *Seidel*, in der Absicht bestärken, die Unabhängigkeit unseres Institutes zu bewahren.

Ich bitte nun Prof. *Nemschak*, mit seinem Vortrag 'Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1972/73' zu beginnen."

Professor Dr. Franz Nemschak

Es wäre mir viel lieber gewesen, ich hätte meinen letzten Vortrag über Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende, den ich seit vielen Jahren knapp vor Weihnachten, meist im Wiener Konzerthaus, zu halten pflege, in einer ruhigeren und besser überschaubaren Zeit halten können als gegenwärtig.

Andererseits glaube ich, daß gerade in einer so problemreichen und spannungsgeladenen, chancenreichen, aber nicht ungefährlichen Situation wie der gegenwärtigen, in der Zweckoptimismus und Zweckpessimismus verbreitet werden, große Unsicherheit herrscht und viel auf dem Spiel steht, der Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, dem ein Stab ausgezeichneter und erfahrener Konjunkturforscher zur Verfügung steht, verpflichtet ist, mit aller gebotenen Vorsicht zur wirtschaftlichen Lage Stellung zu nehmen.

Ich möchte zunächst die Konjunkturlage und die Konjunkturaussichten der österreichischen Wirtschaft, unter Bedachtnahme auf die internationale Konjunktur, schildern und dann überlegen, wie sich verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie das Freihandelsabkommen Österreichs mit den Europäischen Gemeinschaften, die Einführung der Mehrwertsteuer mit ihren weitreichenden Auswirkungen, die Senkung der Einkommensteuer, nicht zuletzt das Stabilisierungspaket von Regierung, Notenbank und Sozialpartner auf die Investitionstätigkeit und auf den Konsum auswirken werden.

Vorweg möchte ich die vorläufigen *Hauptergebnisse der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1972*, die vor wenigen Tagen im Institut für Wirtschaftsforschung ermittelt worden sind, bekannt machen.

Vorläufige Hauptergebnisse 1972

Reales Sozialprodukt +5½% (ohne Land- und Forstwirtschaft +6%) — Industrieproduktion +6% — Gewerbe +6% — Baugewerbe +9% — Handel +6½% — Land- und Forstwirtschaft +2% — Privater Konsum +6½% — Investitionen +8% — Exporte +10% — Importe +14% — Devisen aus Fremdenverkehr +19% — Leistungsbilanzsaldo —43 Mrd. S — Zahlungsbilanzsaldo (Zunahme der Währungsreserven) +2 Mrd. S — Löhne und Gehälter +13% — Gewinne +10% — Großhandelspreise +3½% — Verbraucherpreise +63%

Wie gesagt, es handelt sich um *vorläufige* Hauptergebnisse. Im Dezember verfügen wir erst über das statistische Zahlenwerk der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die ersten drei Quartale. Einige Reihen sind bereits für die Monate Oktober und November vorhanden, die Dezember-Zahlen müssen fast ganz geschätzt werden. Die letzten Monate dieses Jahres waren jedoch infolge der bevorstehenden Einführung der Mehrwertsteuer irregulär. Das gilt besonders für Einzelhandelsumsätze und Investitionen, mit Abstand auch für die Lagerhaltung.

Mit diesen Vorbehalten ist das österreichische Sozialprodukt 1972 voraussichtlich um real über 5½% (ohne Land- und Forstwirtschaft um rund 6%) gewachsen. In den europäischen OECD-Ländern wuchs die Wirtschaft 1972 nur um 4%.

Das Schwergewicht der österreichischen Konjunktur lag 1972 auf der *heimischen Nachfrage*.

Die *Exporte* waren, vor allem in den ersten vier Monaten, schwach; es wirkte sich aus, daß die meisten Industriestaaten unter einer Wachstumsflaute litten und selbst genügend freie Kapazitäten hatten. Im ganzen aber konnten sich die heimischen Firmen auf den internationalen Märkten gut behaupten, was um so bemerkenswerter ist, weil die gute heimische Konjunktur oftmals längere Lieferfristen für Exportaufträge mit sich brachte. Der Zuwachs der Warenexporte mit rund 10% war wohl erheblich niedriger als in den Jahren 1969 und 1970, aber doch fast doppelt so groß wie 1971.

Hauptstütze der österreichischen Konjunktur war der *private Konsum*, auf den mehr als die Hälfte des Wachstums entfiel. Der private Konsum war real um 6½% höher als 1971, obwohl er bereits im Vorjahr ungewöhnlich stark gewachsen war (+7½%). Die Wachstumsrate des privaten Konsums war 1972 in Österreich höher als in irgendeinem anderen europäischen Industriestaat.

Die persönlich verfügbaren *Einkommen* stiegen um rund 11½%, annähernd gleich stark wie im Vorjahr. Die Beschleunigung des Konsums trotz höherer Teuerungsrate entsprach einer etwas niedrigeren Sparquote.

Die *Investitionstätigkeit* blieb 1972 lebhaft. Auf das hohe Niveau der letzten Jahre wurde abermals ein realer Zuwachs von 8% aufgestockt, mehr als in irgendeinem anderen Land (nur die Schweiz kam mit 7½% nahe an uns heran). Die Baunachfrage ist so stark, daß nur ein Bruchteil der Aufträge heuer erledigt werden kann, die Bauwirtschaft wird bis Mitte 1973 damit beschäftigt sein, alte Aufträge aufzuarbeiten. Vor allem die Elektrizitätswirtschaft, das Verkehrswesen, und zwar insbesondere die Straßenbaugesellschaften und die öffentliche Hand, investierten erheblich mehr als im Vorjahr. Die Industrie konnte die hohe Zuwachsrate der Investitionen in den letzten Jahren nicht halten. Nach dem neuesten Investitionstest des Institutes ist die Investitionsneigung der Industrie aber sehr groß, zu Jahresende konnte die Investitionsgüterindustrie die Auftragsflut nicht bewältigen.

Besonders kräftig expandierte 1972 der *öffentliche Konsum* (mit 6% fast doppelt so stark wie im mittelfristigen Trend), hauptsächlich infolge Einführung der Gratisschulbücher und Ausweitung der Schülerfreifahrten.

Rund ein Drittel der gesamten heimischen Nachfrage und fast die Hälfte des Zuwachses von 1971 auf 1972 wurde durch *Importe* gedeckt, weil die heimischen Kapazitäten nicht ausreichten.

Österreich bezog um 13½% mehr Waren aus dem Ausland und erhöhte dadurch das Angebot im Inland. Der OECD-Außenhandel wuchs 1972 nur um 10%, d. h. um ein Drittel langsamer als die österreichischen Importe.

Die *einzelnen Wirtschaftszweige* profitierten 1972 ziemlich gleichmäßig von der anhaltend kräftigen Nachfrage. Ernstere Überhitzungserscheinungen gab es im *Baugewerbe* (+9%), wo die Aufträge weit über die Kapazitäten hinausgehen. *Industrie* und *Gewerbe* (je +6%) konnten ihre Kapazitäten ähnlich stark auslasten wie in den vergangenen Jahren. Der *Fremdenverkehr* erlebte bis Juli eine Rekordsaison, die nach den hohen Zuwachsraten der letzten Jahre für kaum möglich gehalten worden war, seit August entwickelte sich der Fremdenverkehr wieder ruhiger. Weit unter dem Durchschnitt blieben die *Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft* (+3%), die schon seit zwei Jahren unter geringen Niederschlägen leidet. Die *Land- und Forstwirtschaft* (+2%) konnte sich vom Rückschlag im Jahre 1971 etwas erholen.

Der *Arbeitsmarkt* war 1972, ähnlich wie in den letzten Jahren, angespannt. Die Zahl der Beschäftigten betrug im Jahresdurchschnitt 2,511.000 und erreichte im September die Rekordhöhe von 2,575.000. Davon waren über 200.000 ausländische Gastarbeiter. Die Zahl der Arbeitslosen war mit durchschnittlich 49.900 die niedrigste seit 1945. Davon waren mehr als die Hälfte nur bedingt vermittlungsfähig. Die Rate der voll vermittlungsfähigen Arbeitslosen betrug im Jahresdurchschnitt weniger als 1%, im August sogar nur 0,2%.

Wie immer die *endgültigen* Ergebnisse für 1972 lauten mögen, feststeht jetzt bereits, daß die österreichische Wirtschaft auch heuer kräftig gewachsen ist, und zwar auch ohne den Boom in Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer.

Rückschau

Diese günstige Entwicklung war vor einem Jahr aus guten Gründen nicht erwartet worden.

Erinnern wir uns an die österreichische und an die internationale Konjunkturlage und an die Konjunkturerwartungen Ende 1971.

Österreich hatte einen vierjährigen Konjunkturaufschwung hinter sich. Das österreichische Sozialprodukt war auch 1971 kräftig gewachsen (real über 5%), obwohl sich die Konjunktur in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten von Amerika fühlbar abgeschwächt hatte (reales Wachstum rund 3%). Das war auf den ersten Blick erstaunlich, aber noch gut erklärbar: der Konjunkturaufschwung hatte 1968 in Österreich etwas schwächer begonnen als in der übrigen westlichen Welt, es war daher nicht unplausibel, daß er in Österreich entsprechend länger dauern würde. Trotzdem war bemerkenswert, daß das Wirtschaftswachstum in Österreich 1970 und 1971 kräftiger war als in allen anderen westlichen Ländern. Gleichzeitig war der Preisauftrieb in Österreich in diesen Jahren schwächer als in den meisten westlichen Ländern. Damals wurde der einprägsame, aber sachlich nicht ganz zutreffende Slogan „Österreich auf der Überholspur“ geprägt. Dieser Slogan ist deshalb irreführend, weil Österreich erst auf dem Wege ist, seinen Rückstand gegenüber den hochentwickelten Ländern, wie der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz, aufzuholen, und zweitens, weil dieser Slogan die Illusion nähren könnte, in Österreich liefe ohnehin alles wie am Schnürchen, während es in Wirklichkeit viele ungelöste Probleme gibt und Österreich sehr auf-

passen muß, um nicht aus seiner Spur geworfen zu werden, um im Bilde zu bleiben.

Die günstige Sonderentwicklung Österreichs war natürlich kein Geschenk des Himmels, sondern hatte gute Gründe, auf die ich bereits in meinem letzten Konzerthausvortrag vor einem Jahr hingewiesen hatte: der gut ausgewogene Konjunkturverlauf ermöglichte eine fast optimale Nutzung aller Ressourcen. Da die Schwerpunkte der Konjunktur wechselten (in der ersten Phase des Aufschwunges waren die Exporte und die Industrieproduktion, in der zweiten Phase der private Konsum und die Bauwirtschaft die Hauptstützen der Konjunktur), kam es nie zu übermäßigen Überhitzungserscheinungen, die restriktive Maßnahmen erfordert und die Konjunktur vorzeitig abgewürgt hätten. Das Arbeitskräfteangebot war dank einer liberalen Gastarbeiterpolitik elastisch. Die Budgetpolitik operierte 1969 bis 1971 konjunkturgerecht. Von größter Wichtigkeit war schließlich die gut funktionierende Sozialpartnerschaft, die Preis- und Lohnexzesse verhinderte.

Vor einem Jahr glaubten wir aus verschiedenen Gründen eine leichte Entspannung der österreichischen Konjunktur im Jahre 1972 prognostizieren zu können.

Wichtige Länder erwarteten 1972 eine weitere Konjunkturabschwächung. Die Bundesrepublik Deutschland und Italien z. B. rechneten mit einem Wirtschaftswachstum von nur 1% bis 1½%. Eine Lösung der Weltwährungskrise war nicht in Sicht, vielfach herrschte die Meinung vor, daß die Währungskrise auch den Welthandel beeinträchtigen und besonders kleinere Länder wie Österreich in Mitleidenschaft ziehen werde.

Trotz diesen keineswegs rosigen internationalen Aussichten rechnete das Institut für Wirtschaftsforschung für Österreich mit einer Wachstumsrate von real 4% bis 4½%. Das war immerhin ein guter Prozentpunkt mehr als die voraussichtliche Wachstumsrate in den europäischen OECD-Ländern. Viele hielten damals die Institutsprognose für zu optimistisch. Gleichzeitig nahm das Institut an, daß die Teuerungsrate bis zum Frühjahr 1972 mindestens 5% erreichen, in der zweiten Jahreshälfte aber wieder etwas sinken werde. Dieser Prognose lag die Annahme zugrunde, daß sich die österreichische Konjunktur im Laufe des Jahres entspannen und die bereits sichtbare Tendenz sinkender Großhandelspreise auch auf die Verbraucherpreise durchschlagen werde.

Diese Erwartungen des Institutes, die von fast allen Experten der Ministerien, der Notenbank und der Sozialpartner geteilt wurden, haben sich 1972 nicht erfüllt.

Das österreichische Sozialprodukt ist 1972 nicht, wie ursprünglich prognostiziert, um real 4% bis 4½%, sondern um real gut 5½% (ohne Land- und Forstwirtschaft sogar um fast 6%) gewachsen. Und die Verbraucherpreise sind 1972 nicht, wie erwartet worden war, im Jahresdurchschnitt um 4¾%, sondern um über 6%, am Jahresende sogar um weit über 7% gestiegen. Das Institut für Wirtschaftsforschung mußte die Prognosen im Laufe des Jahres einige Male revidieren.

Ich gebe zu, daß wir uns geirrt haben, und ich möchte nichts beschönigen. Ich muß jedoch hinzufügen, daß sich die Konjunkturforscher in allen Ländern geirrt haben, und zwar meist viel mehr als wir. Die Konjunkturforscher können jedoch für sich ins Treffen führen, daß 1972 tatsächlich eine außergewöhnliche Situation bestand, die auf Grund der bisherigen Erfahrungen und theoretischen Überlegungen nicht befriedigend erklärt und deren weitere Konsequenzen schwer abgeschätzt werden konnten. Man denke dabei an die Weltwährungskrise oder an die Beschleunigung der weltweiten Inflation trotz Abschwächung der Konjunktur.

Man hat dem Institut für Wirtschaftsforschung vorgeworfen, es habe durch seine Prognose die Regierung in ihrem Entschluß bestärkt, die *Mehrwertsteuer am 1. Jänner 1973*, also zu einem preispolitisch ungünstigen Zeitpunkt einzuführen.

Die Regierung hatte gute Gründe, die ökonomisch äußerst wichtige und in ihren Auswirkungen schwer abschätzbare Mehrwertsteuer möglichst am Beginn der Legislaturperiode einzuführen. Die Konjunkturprognose des Institutes mag ihr dabei gelegen gekommen sein.

Die Empfehlung, die Mehrwertsteuer in einer Phase der Konjunkturabschwächung, bei sinkenden Teuerungsraten, einzuführen, ist wenig realistisch. Auf diese Phase wird man bei dem in der ganzen Welt herrschenden Inflationssklima lange warten können.

Auch das Freihandelsabkommen Österreichs mit den Europäischen Gemeinschaften legte die Einführung der Mehrwertsteuer bereits am 1. Jänner 1973 nahe. Die Länder der EG hätten das alte, wettbewerbsverzerrende Umsatzsteuersystem Österreichs mit seinen Exportrückvergütungen und Importabgaben nicht stillschweigend hingenommen, sondern dafür von Österreich einen hohen Preis gefordert. Die Ausklammerung der Landwirtschaft und der „sensiblen Produkte“ aus dem Abkommen zeigt nur zu deutlich, daß Österreich auf dem kürzeren Ast sitzt.

Das Warten auf Abschwächung der Konjunktur in der Hoffnung, daß dann die Preise weniger steigen und die Mehrwertsteuer leichter verkraftet werden kann, ist auch sonst problematisch.

Die Erfahrungen lehren, daß eine Konjunkturabschwächung keineswegs automatisch zu sinkenden Teuerungsrate führt. In Großbritannien und in Schweden z. B. waren 1971 das Sozialprodukt nur um 1/2% bis 1% gewachsen, die Verbraucherpreise aber um 7% bis 9% gestiegen. Ähnliche, wenn auch nicht so krasse Stagflationserscheinungen waren auch in anderen westeuropäischen Ländern festzustellen.

Die Bekämpfung der *Inflation* ist ein weltweites, säkulares Problem. Die Ursachen der Inflation sind vielfältig und fast unlösbar miteinander verwoben. In einem teuflischen Kreislauf produziert, exportiert und importiert jedes Land Inflation, und da überall weitere Preis- und Lohnerhöhungen erwartet und vorweggenommen werden, besteht die Gefahr, daß sich die Inflationsschraube immer schneller dreht.

Das Fatale dabei ist, daß kein Land allein aus dem Inflationskarussell aussteigen kann, denn sobald seine Inflationsrate erheblich niedriger wird als in der übrigen Welt, wird es aufwertungsverdächtig und zieht magisch fluktuierende Devisen an. Diese aber erhöhen wieder die Liquidität und alimentieren die Inflation.

Die weltweite Inflation kann daher infolge der engen Verflechtung der nationalen Wirtschaften nur durch Vereinbarungen auf internationaler Ebene erfolgreich bekämpft werden. Trotzdem kommt es am Ende doch auf die einzelnen Länder selbst an. Die besten Empfehlungen der internationalen Gremien nützen nichts, wenn die einzelnen Länder fortfahren, ihr Sozialprodukt zu überfordern und in eigener Regie Inflation zu machen. Der Erfolg der jüngsten Stabilisierungsaufforderungen des Rates der Europäischen Gemeinschaften und der OECD hängt davon ab, ob die verschiedenen Stabilisierungsprogramme in den einzelnen Ländern dieses Mal wirklich ernst gemeint sind oder nicht.

Bevor ich auf die gegenwärtigen *Stabilisierungsbemühungen in Österreich* näher eingehe, möchte ich feststellen, daß der *Preisauftrieb in Österreich* erst heuer geringfügig stärker gewesen ist als im europäischen Durchschnitt. Das ist kein Trost, sondern nur eine Feststellung. Die Verbraucherpreise sind in den Jahren 1968 bis 1971 in Österreich um rund 6% weniger gestiegen als in den übrigen europäischen OECD-Ländern. Erst heuer wird die Teuerungsrate in Österreich um 1/2% und im nächsten Jahr voraussichtlich abermals um 1/2% höher sein. Ähnliches gilt für die Preise des Brutto-Sozialproduktes und für die Arbeitskosten, die in Österreich, über einen längeren Zeitraum gesehen, weniger gestiegen sind als in der europäischen OECD. Für Österreich besteht daher keine akute Gefahr, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit infolge zu hoher Teuerungsrate zu verlieren.

Der starke Preisauftrieb ist jedoch aus binnenwirtschaftlichen Gründen bedenklich. Nach der Institutsprognose, über die ich noch ausführlicher sprechen werde, ist 1973 sowohl mit einer kräftigen Inlandsnachfrage als auch, dank der Belebung der europäischen Konjunktur, mit einer kräftigen Auslandsnachfrage zu rechnen. Zum konjunkturbedingten Preisauftrieb kommen Preiserhöhungen, die bei Einführung der Mehrwertsteuer kaum vermeidbar sind. Unter diesen Voraussetzungen bestand die Gefahr, daß die Gewerkschaften eine Zwischenlohnrunde verlangen und die Unternehmer von sich aus bereit sind, Lohnerhöhungen zu bewilligen, weil sie diese dank der guten Konjunktur auf die Preise überwälzen können.

Das Stabilisierungsabkommen zwischen Regierung, Notenbank und Sozialpartnern soll dieser Entwicklung einen Riegel vorschieben.

Ich möchte die wichtigsten Maßnahmen des *Stabilisierungsabkommens*, das in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit schon eingehend diskutiert wurde, hier nur kurz in Erinnerung rufen.

Die Vereinbarung zielt darauf ab, den Preisauftrieb in den ersten Monaten nach Einführung der Mehrwertsteuer möglichst zu zügeln. Es wurde Vorsorge getroffen, daß die Preise sämtlicher Güter und Dienstleistungen von der alten Umsatzsteuer möglichst vollständig entlastet werden, bevor der Mehrwertsteuersatz aufgeschlagen wird. Bund, Länder und Gemeinden werden ihre Tarife trotz Kostensteigerungen in den ersten Monaten stabil halten. Die Tarife und amtlich geregelten Preise (Strom, ORF, Benzin) werden stufenweise erst ab Mitte des Jahres erhöht. Die Wirtschaftspartner verpflichten sich, auf Preis- und Lohnerhöhungen für ganze Branchen im ersten Halbjahr 1973 möglichst zu verzichten und einzelbetriebliche Preis- und Lohnerhöhungen vor die Paritätische Kommission zu bringen.

Eine allmähliche Entspannung der Konjunktur wird vor allem in der überhitzten Bauwirtschaft angestrebt. Der Bund will das Budget restriktiv vollziehen, ebenso sollen die Länder und Gemeinden verfahren. Die Sonderabschreibung von beweglichen Anlagegütern, welche die Assoziierung Österreichs an die Europäischen Gemeinschaften erleichtern soll, wird erst 1974 wirksam. Die Notenbank wird sich bemühen, den Zuwachs des kommerziellen Kreditvolumens in den nächsten zwölf Monaten von gegenwärtig 20% auf 12% zurückzuführen.

Schließlich soll ein neues Kartellgesetz und eine stärkere Liberalisierung industriell-gewerblicher Importe den Wettbewerb verschärfen, und die Steuerung des Außenhandels mit Vieh und Fleisch soll eine ausreichende Inlandsversorgung erleichtern.

Dieses breit gefächerte Stabilisierungsprogramm wird, von allen Beteiligten konsequent durchgeführt, verhindern, daß sich der Preisauftrieb in den ersten Monaten 1973 übermäßig beschleunigt. Trotzdem dürfen wir vom Stabilisierungsabkommen keine Wunder erwarten. Der Preisauftrieb in Österreich kann zunächst nur eingedämmt und die Teuerungsrate erst auf längere Sicht auf eine tolerierbare Größe zurückgeführt werden.

Es ist auch sehr schwierig vor auszusehen, wie sich die Einführung der Mehrwertsteuer am 1. Jänner 1973 tatsächlich auswirken wird. Vielleicht wird gar nicht viel passieren, vielleicht wird der Verbraucherpreisindex, nachdem verschiedene Preiserhöhungen offensichtlich schon vorgezogen und die Erhöhung verschiedener amtlicher Preise und Tarife bis Jahresmitte zurückgestellt wurde, zunächst nur wenig steigen. Die unheilvollen Kassandrarufer, die Steigerungsrate des Verbraucherpreisindex werde im Jänner auf 10% und mehr hinaufschnellen, werden sich höchstwahrscheinlich als unbegründet erweisen.

Ich befürchte eher, daß in den ersten Monaten des nächsten Jahres eine *Flautenstimmung* aufkommen könnte. Nach den hektischen Einkäufen in den letzten Wochen und Monaten werden die Einzelhandelsumsätze einige Zeit wahrscheinlich sehr schwach sein.

Nicht wenige Käufer werden sich ärgern, wenn sie feststellen, daß verschiedene Dinge, die sie vielleicht unnötig gekauft haben, nicht teurer, sondern billiger geworden sind.

Für Investitionsgüter mögen die Monate Jänner und Februar, in denen vieles geliefert, montiert und endgültig in Betrieb genommen wird, was im Dezember rasch fakturiert wurde, noch lebhaft sein. In den folgenden Monaten könnten aber auch die Investitionsgüterumsätze zu wünschen übrig lassen.

Die Flauteerscheinungen, die es dort und da bis zum Frühjahr geben könnte, und die gleichzeitig hohen Teuerungsraten dürfen jedoch nicht als Vorboten einer Stagflation gedeutet werden. Im Gegenteil, die österreichische Wirtschaft wird voraussichtlich auch im nächsten Jahr vollbeschäftigt sein und kräftig wachsen.

Prognose 1973

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat in seiner Prognosetagung am 20. Dezember 1972, an der Experten des Paritätischen Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen sowie Vertreter ver-

schiedener Ministerien und der Notenbank teilgenommen haben, für 1973 eine Wachstumsrate von real 5% prognostiziert. Das bedeutet, daß die Kapazitäten weiterhin voll ausgelastet bleiben, wenn man von der eigentümlichen Konstellation zu Jahresbeginn absieht.

Ich gebe allerdings zu, daß es noch nie so schwierig war, die Konjunkturaussichten der österreichischen Wirtschaft im nächsten Jahr zu prognostizieren wie an dieser Jahreswende. Die Konjunkturforscher der OECD und der Deutsche Sachverständigenrat haben sich in ähnlich unsicheren Zeiten damit beholfen, daß sie ihre Prognosen zunächst auf die erste Jahreshälfte beschränkten. Diese Notlösung ist in unserem Fall nicht sinnvoll, weil verschiedene Maßnahmen des Österreichischen Stabilisierungsprogrammes erst zur Jahresmitte, teilweise sogar erst 1974 wirksam werden. Wir müssen daher notgedrungen das ganze Jahr 1973 ins Auge fassen und obendrein überlegen, wie sich die österreichische Wirtschaft voraussichtlich im Jahre 1974 entwickeln wird.

Die Prognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes für 1973, die ich nunmehr vortragen werde, hat größere Fehlermargen als sonst.

Zwei Dinge lassen sich als Ausgangspunkt der Prognose mit relativ großer Sicherheit feststellen: *Erstens*, daß die österreichische Wirtschaft bei Jahresbeginn 1973 über keine nennenswerten Kapazitätsreserven verfügen wird — weder Arbeitskräfte noch Maschinen —, die zusätzlich in den Produktionsprozeß eingegliedert werden können; das Wachstum wird daher nicht höher sein können als der Kapazitätszuwachs. *Zweitens* hatten die Wachstumsraten in den meisten europäischen Staaten schon 1972 steigende Tendenz, 1973 werden die Kapazitäten noch besser ausgelastet werden, so daß auch die Importnachfrage wieder steigen wird. Die europäischen OECD-Staaten rechnen derzeit mit einer Beschleunigung des Wachstums von 4% auf 5%, also etwa auf die durchschnittliche Wachstumsrate der sechziger Jahre. Weiters können wir mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit annehmen, daß die Lager durch den Kaufboom im IV. Quartal 1972 ziemlich erschöpft sein dürften und daher 1973 wieder aufgefüllt werden müssen. Die Prognose aller anderen Komponenten erfordert vorsichtiges Abwägen verschiedener, teilweise einander widersprechender Einflüsse.

Die *private Lohn- und Gehaltssumme* wird 1973 mit 12% bis 13% voraussichtlich etwas langsamer wachsen als 1972 (13½%); die Differenz von etwa 1% geht teils darauf zurück, daß die Beschäftigung langsamer zunehmen wird, teils darauf, daß die nächste Lohnrunde erst im Herbst beginnen wird. In unserer Prognose nehmen wir also an, daß es zu keiner

Zwischenlohnrunde kommt und daß auch die innerbetrieblichen Überzahlungen nicht stärker wachsen als bisher. Wir setzen somit weiterhin großes Vertrauen in die Sozialpartnerschaft, die sich erst kürzlich im Stabilisierungsabkommen bestens bewährt hat. Wir sind uns aber bewußt, daß dauernd hohe Inflationsraten auch in Österreich die Verhaltensweise der Menschen ändern und daß eines Tages Preis- und Lohn erhöhungen sich gegenseitig aufschaukeln können.

Das *persönlich verfügbare Einkommen* wird trotz der erwarteten Verlangsamung des Lohnzuwachses dank der Lohn- und Einkommensteuersenkung um 1% bis 2% rascher wachsen als 1972. Die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer erhöht zwar das Defizit der öffentlichen Haushalte und stärkt die Kaufkraft der privaten Haushalte und wirkt dadurch expansiv. Andererseits ermöglicht die Steuersenkung den Gewerkschaften Zurückhaltung in der Lohnpolitik, was sich wieder auf Kosten und Preise günstig auswirkt.

Der *private Konsum* wird trotz der raschen Expansion der persönlich verfügbaren Einkommen auch nominell etwas langsamer wachsen als bisher, weil in den letzten Monaten wegen der Umstellung im Steuersystem zahlreiche längerfristige Sparverträge mit Lebensversicherungen, Bausparkassen und sonstigen Kreditunternehmungen abgeschlossen wurden, die die Sparquote wieder steigen lassen werden. Außerdem werden Vorkäufe von etwa 2,5 Mrd. S ($\frac{3}{4}\%$ des privaten Konsums), die in das heurige Jahr vorgezogen wurden, in den ersten Monaten 1973 fehlen. Der *reale Konsum* wird überdies durch die voraussichtlich höhere Teuerungsrate gedrückt werden. Er wird daher im Jahresdurchschnitt kaum mehr als 5% erreichen (1972: $6\frac{1}{2}\%$).

Im Bereich der *Investitionen* sind Prognosen für 1973 besonders schwierig. Obwohl verschiedene Investitionen in das IV. Quartal 1972 vorgezogen wurden, wird es im I. Quartal 1973 keine Inflationsflaute geben. Die Auslieferungen der bestellten Investitionsgüter wird bis Februar dauern, außerdem besteht ein Bauüberhang, der die Beschäftigung aller Bausparten bis Mitte 1973 sichert.

Auf Grund verschiedener Überlegungen nimmt das Institut an, daß die realen Brutto-Anlageinvestitionen im Jahre 1973 um $5\frac{1}{2}\%$ wachsen werden (1972: 8%).

Für eine lebhaftere *private Investitionstätigkeit* spricht der Investitionstest des Institutes (besonders in der Industrie und in der Energiewirtschaft, aber auch für Autobahnen und für die Pipeline wird viel investiert werden. Die städtischen Verkehrs- und Versorgungsbetriebe planen nur we-

nig mehr Investitionen als heuer). Für eine lebhafte private Investitionstätigkeit spricht weiters die hohe Kapazitätsauslastung, die gute Gewinnlage der Unternehmer und die zusätzliche Liquidität, welche durch die Einführung der Mehrwertsteuer geschaffen wurde. Hemmend könnten sich die Unsicherheit im Zusammenhang mit der Umstellung auf die Mehrwertsteuer, die Einführung der Investitionssteuer und ihre Senkung im Jahre 1974, die Ankündigung einer zusätzlichen vorzeitigen Abschreibung und die im Stabilisierungsabkommen vorgesehenen Kreditrestriktionen auswirken.

Die *öffentlichen Investitionen* werden 1973 voraussichtlich nur wenig wachsen. Schon in den öffentlichen Budgets war eine kleinere Wachstumsrate vorgesehen, das Stabilisierungsabkommen sieht weitere Kürzungen vor. Da die öffentlichen Investitionen aber überwiegend Bauinvestitionen sind und die Bauwirtschaft ohnehin voll ausgelastet ist, wird die Einschränkung der öffentlichen Investitionstätigkeit nur den Bauüberhang verringern und damit hoffentlich auch den Preisauftrieb mäßigen.

Die *Entwicklung des Außenhandels* wird 1973 hauptsächlich von zwei Faktoren beeinflußt werden: erstens von der Belebung der europäischen Konjunktur, und zweitens von den Folgen des Interimsabkommens mit den Europäischen Gemeinschaften. Die Belebung der europäischen Konjunktur wird vor allem die österreichischen Exporte fördern, das Interimsabkommen wird sich zunächst stärker auf die Importe auswirken. Die EG-Firmen, deren Kapazitäten gegenwärtig nur unzureichend ausgelastet sind, werden sich bemühen, den österreichischen Markt zu erobern. Die österreichische Exportoffensive wird zunächst relativ schwächer ausfallen, weil nach dem Konjunkturtest des Institutes derzeit höchstens ein Fünftel der Firmen mehr produzieren könnte und es relativ lang dauert, bis die kleinen österreichischen Firmen auf dem riesigen EG-Markt Marktorganisationen aufgebaut haben werden. Insgesamt erwartet die Prognose des Institutes, daß die nominellen Warenexporte um 14% (1972: 10%), die Importe um 16% (13½%) steigen werden.

Im *Reiseverkehr* wird der starke Aufwärtstrend anhalten. Dank der Konjunkturbelebung in den europäischen Herkunftsländern dürfte die Zahl der Übernachtungen um 10% steigen. Die Deviseneinnahmen werden voraussichtlich um 23% höher sein, da sowohl die Preise als auch die Ansprüche der Gäste steigen werden. Dagegen werden die Ausgaben der Österreicher für Auslandsreisen aus denselben Gründen wie der private Konsum etwas weniger steigen (+25%) als heuer (+32%).

Die *Teuerungsrate* wird im Jahresdurchschnitt 1973 $7\frac{1}{2}\%$ betragen. Diese Schätzung berücksichtigt das hohe Ausgangsniveau Ende 1972 (voraussichtlich $7\frac{3}{4}\%$) und nimmt an, daß sich die Teuerungsrate in den ersten Monaten 1973 relativ wenig (mit einer Spitze von vielleicht 8% bis $8\frac{1}{2}\%$) vergrößern wird, weil die Erhöhung einiger amtlicher Preise und Tarife aufgeschoben wurde und sich einige Stabilisierungsmaßnahmen auswirken werden. Für diese Annahme spricht auch, daß die Nachfrage wegen der vorgezogenen Käufe im Herbst 1972 in den ersten Monaten 1973 relativ schwach sein wird. Andererseits wird die Preissteigerungsrate im Laufe des Jahres 1973 voraussichtlich nur wenig zurückgehen. Ab Frühjahr werden die aufgeschobenen Erhöhungen amtlicher Preise nachgeholt, zur Jahresmitte laufen die Stabilisierungsabkommen der Sozialpartner aus, und im Herbst wird eine neue Lohnrunde beginnen. Unter diesen Umständen wird die Inflationsrate auch Anfang 1974 sehr hoch sein.

Die *Löhne und Gehälter* insgesamt werden 1973 um 13% , die Lohnneinkommen pro Kopf um $11\frac{1}{2}\%$ höher sein als heuer. Die Netto-Masseneinkommen werden ebenfalls um 13% steigen.

Bei einer Teuerungsrate von durchschnittlich $7\frac{1}{2}\%$ werden die *Realeinkommen* der Arbeiter und Angestellten pro Kopf im Jahre 1973 um 4% steigen.

Trotz diesem nicht unbefriedigendem Ergebnis kann sich die österreichische Wirtschaft auf die Dauer mit Teuerungsraten von 7% oder 8% nicht abfinden, sondern muß alle Anstrengungen unternehmen, um den Preisaufrtrieb in absehbarer Zeit wieder auf ein vertretbares Maß zurückzuführen.

Eine übermäßig hohe Inflationsrate birgt große Gefahren. Sie verstärkt die sozialen Spannungen, da sich nicht alle sozialen Schichten gleich gut oder gleich schlecht gegen eine empfindliche Geldentwertung zur Wehr setzen können. Eine zu starke Inflation setzt die Sozialpartnerschaft einer übermäßigen Belastung aus, der sie auf die Dauer nicht gewachsen sein könnte. Ich habe bereits auf die Eigengesetzlichkeit der Inflation hingewiesen: In Erwartung hoher Inflationsraten ist für Unternehmer, Betriebsräte und Gewerkschaften die Versuchung groß, Preis- und Lohnerhöhungen vorwegzunehmen. Damit könnte die Inflation so aufgeschaukelt werden, daß sie schließlich nur noch durch rigorose Stabilisierungsmaßnahmen um den Preis von Wachstumsverlusten und Arbeitslosigkeit gebändigt werden kann.

Längerfristiges Wirtschaftswachstum unter Bedachtnahme auf die „Qualität des Lebens“

Im letzten Teil meiner Vorträge vor Weihnachten sprach ich in der Regel über *Strukturprobleme* der österreichischen Wirtschaft. Ich wies auf mannigfaltige strukturelle Schwächen der österreichischen Wirtschaft hin und stellte Überlegungen an, wie diese im Interesse eines stärkeren Wirtschaftswachstums behoben werden könnten. Heute möchte ich mich mit dem Phänomen *Wirtschaftswachstum* selbst auseinandersetzen.

Die österreichische Wirtschaft ist in den letzten Jahren außerordentlich kräftig gewachsen. In den sechziger Jahren betrug das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum real etwa 4½%, dieser mittlere Wachstumspfad entsprach einer durchschnittlichen Auslastung der Kapazitäten.

In den letzten vier Jahren (1969 bis 1972) arbeitete die österreichische Wirtschaft aber ständig mit voller Kapazitätsauslastung. Diese wurde in den Jahren 1969 und 1970 mit jährlichen Wachstumsraten von real 6·1% und 7·8% erreicht. Seither (in den Jahren 1971 und 1972) wuchs die österreichische Wirtschaft im Ausmaß der jährlichen Kapazitätsausweitung jährlich um gut 5% (5·2% und 5·6%). Damit hatte Österreich in den letzten vier Jahren das stärkste Wirtschaftswachstum aller westlichen Länder. Nur die Wirtschaft Japans wuchs noch rascher.

Das kräftige Wirtschaftswachstum in Österreich ist vor allem relativ günstigen Arbeitskosten und einer außerordentlich lebhaften Investitionstätigkeit zu danken. Die Investitionen in der Industrie haben sich in den letzten vier Jahren nominell fast verdoppelt und real um 60% erhöht. Dabei konnten auch die Realeinkommen der Unselbständigen insgesamt um rund 30% (pro Kopf um rund 20%) verbessert werden. Die gute Sozialpartnerschaft hat sich für alle Beteiligten gelohnt.

Auf Grund der Prognose des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung wird die österreichische Wirtschaft auch 1973, mit allen Vorbehalten, die ich angemeldet habe, wieder um real 5% wachsen.

Österreich scheint auf dem besten Wege zu sein, die hochentwickelten Industriestaaten einzuholen. Dieses Ziel ist aber nur dann erstrebenswert, wenn das Wachstum *nicht um den Preis einer rapiden Verschlechterung unserer Umwelt* erkaufte wird. Österreich leidet bereits jetzt unter der Verschmutzung seiner Flüsse und Seen, der Verpestung der Luft durch Abgase, der Lärmplage und der Verschandelung seiner Landschaft durch geschmacklose Bauten und Abfälle aller Art. Gott sei Dank ist die Um-

weltverschmutzung bei uns noch nicht ganz so schlimm wie in den hochentwickelten Industrieländern. Ein Land wie Österreich, das für einen hochwertigen Fremdenverkehr beste Voraussetzungen mitbringt, darf diesen Vorteil nicht leichtfertig preisgeben.

Die Gefahren der Umweltverschmutzung und der Störung des ökologischen Gleichgewichtes werden auch bereits überall, in West und Ost, erkannt, und überall sucht man nach Abhilfe. Fachleute der OECD haben berechnet, daß die entwickelten Industrieländer, je nachdem welche Ansprüche man stellt, jährlich 1½% bis 3% ihres Brutto-Nationalproduktes für die Reinhaltung ihrer Umwelt ausgeben müßten. Tatsächlich ist der zusätzliche Aufwand etwas geringer, weil bereits bisher ein Teil des Brutto-Nationalproduktes für diese Zwecke verwendet wird. Einige Zeit müßten allerdings größere Investitionen vorgenommen werden, um die Umweltverschmutzung auf ein vertretbares Ausmaß zurückzuführen. Ausländische Untersuchungen lassen vermuten, daß der Preis für den Umweltschutz nicht unerschwinglich ist, besonders wenn man bedenkt, was auf dem Spiele steht.

Die Investitionen für den Umweltschutz hätten natürlich *Rückwirkungen auf die Wirtschaftsstruktur* in den einzelnen Ländern. Diese halten sich aber nach amerikanischen Berechnungen in einem durchaus vertretbaren Rahmen. In den Vereinigten Staaten von Amerika müßten im Falle einer systematischen Beseitigung der Umweltschäden nur relativ wenige Fabriken, die rund 4% der Arbeitskräfte beschäftigen, ihren Betrieb einstellen, weil eine Umstellung aus technischen und wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Österreich?

Den Einwand, daß sich Österreich eine saubere Produktion und einen wirkungsvollen Umweltschutz nicht leisten könne, solange nicht auch die anderen Industriestaaten das gleiche tun, weil es sonst seine internationale Wettbewerbsfähigkeit verlöre, kann ich nicht gelten lassen. In weiten Bereichen sind die Umweltverschmutzer keiner internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Wo dies aber der Fall ist, könnte zunächst, solange keine entsprechenden internationalen Vereinbarungen bestehen, die öffentliche Hand (durch Subventionen, Steuerermäßigungen u. ä.) Abhilfe schaffen. Es ist hier ähnlich wie bei der Inflation: jedes Land muß zunächst die „*hausgemachte*“ *Umweltverschmutzung* selbst bekämpfen.

Österreich befindet sich *noch* in der glücklichen Lage, daß es mit einem viel geringeren Aufwand als die meisten anderen Industrieländer der Umweltverschmutzung Herr werden kann. Es leuchtet ein, daß die *Kosten*

der Beseitigung der Umweltverschmutzung am Ende wir alle, die Familie Österreicher, zu tragen haben, sei es in Form höherer Preise für bestimmte Produkte und Dienstleistungen, sei es in Form höherer Steuern, wenn zweckmäßigerweise die öffentliche Hand für den Umweltschutz aufzukommen hat.

So oder so bedeutet der Umweltschutz eine Schmälerung der Realeinkommen der Bevölkerung im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. In Wirklichkeit wird die Einbuße an realer Kaufkraft der einzelnen bei weitem aufgewogen durch eine erhebliche *Verbesserung der Qualität des Lebens*, die von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht erfaßt wird. Es mag schwierig oder vielleicht sogar unmöglich sein, die Qualität des Lebens zu messen und verschiedene „Lebensniveaus“ miteinander zu vergleichen, weil dabei nicht nur objektive Wohlstandskriterien, sondern auch subjektive Elemente in die Wertung einzubeziehen sind. Obwohl die Qualität des Lebens kaum quantifizierbar ist, so weiß doch jedermann aus eigener Erfahrung, was unter Umweltverschmutzung und Umweltschutz gemeint ist. Erfreulicherweise nehmen sich in Österreich Regierung und Interessenverbände ebenso wie die Massenmedien immer mehr des Umweltschutzes an. Auch in der österreichischen Bevölkerung wächst die Bereitschaft, für eine saubere Umwelt einen entsprechenden Preis zu bezahlen.

Ich könnte mir vorstellen, daß die vielfältigen Bedürfnisse des Umweltschutzes österreichische Ingenieure und Unternehmer anregen, Maschinen und Apparaturen zu erfinden und zu produzieren sowie Produktionsverfahren zu entwickeln, die dem Umweltschutz dienen und auch exportiert werden können. Gerade ein kleines Land wie Österreich mit zahlreichen flexiblen Mittelbetrieben, mit erfindungsreichen Unternehmern und hochqualifizierten Arbeitskräften scheint besonders geeignet, Schrittmacher zu sein für eine gehirntensive, zukunftssträchtige Umweltschutzindustrie.

Ich bin mir bewußt, daß die Umweltverschmutzung nur *ein* Aspekt eines viel größeren Problems ist, des Problems nämlich, daß der rapid wachsende Verbrauch materieller Güter wie von Lebensraum, Nahrungsmitteln, Sauerstoff, Energie und Rohstoffen in absehbarer Zeit in der ganzen Welt an natürliche Grenzen stößt. Diese die Existenz der Menschheit gefährdenden Perspektiven sollen uns jedoch nicht abhalten, unverzüglich jene Probleme, wie die Umweltverschmutzung, anzupacken, die wir mit unseren technischen, wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten bewältigen können.

Prognose
der Zuwachsraten des realen Sozialproduktes Österreichs

Ø 1972 Ø 1973
Veränderung gegen das Vorjahr in %

Nachfrage

Privater Konsum	6¼	5
Öffentlicher Konsum	6	4
Brutto-Investitionen	8	5½
<i>davon Ausrüstung</i>	9	6
<i>Bau</i>	6¾	5
Lagerveränderung (Mrd. S)	(3 0)	(5 3)
Inlandsnachfrage	6½	5¾
Warenexporte	8¾	9½
Dienstleistungsexporte	9¼	9¾
Warenimporte	11¾	12
Dienstleistungsimporte	10¼	8¼

Produktion

Industrie	6	5
Gewerbe	6	4½
Baugewerbe	9	6
Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwirtschaft ..	3	10
Verkehr	4½	4
Handel	6¼	5
Öffentlicher Dienst	4	4
Sonstige Dienstleistungen	5½	5
Brutto-Nationalprodukt ohne Land- und Forstwirtschaft	6	5
Land- und Forstwirtschaft	2	5
Brutto-Nationalprodukt	5½	5

Q: Schätzungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Dezember 1972.

**Internationale Prognosen
der Zuwachsraten des realen Sozialproduktes und der
Verbraucherpreise**

Ø 1972 Ø 1973
Veränderung gegen das Vorjahr in %

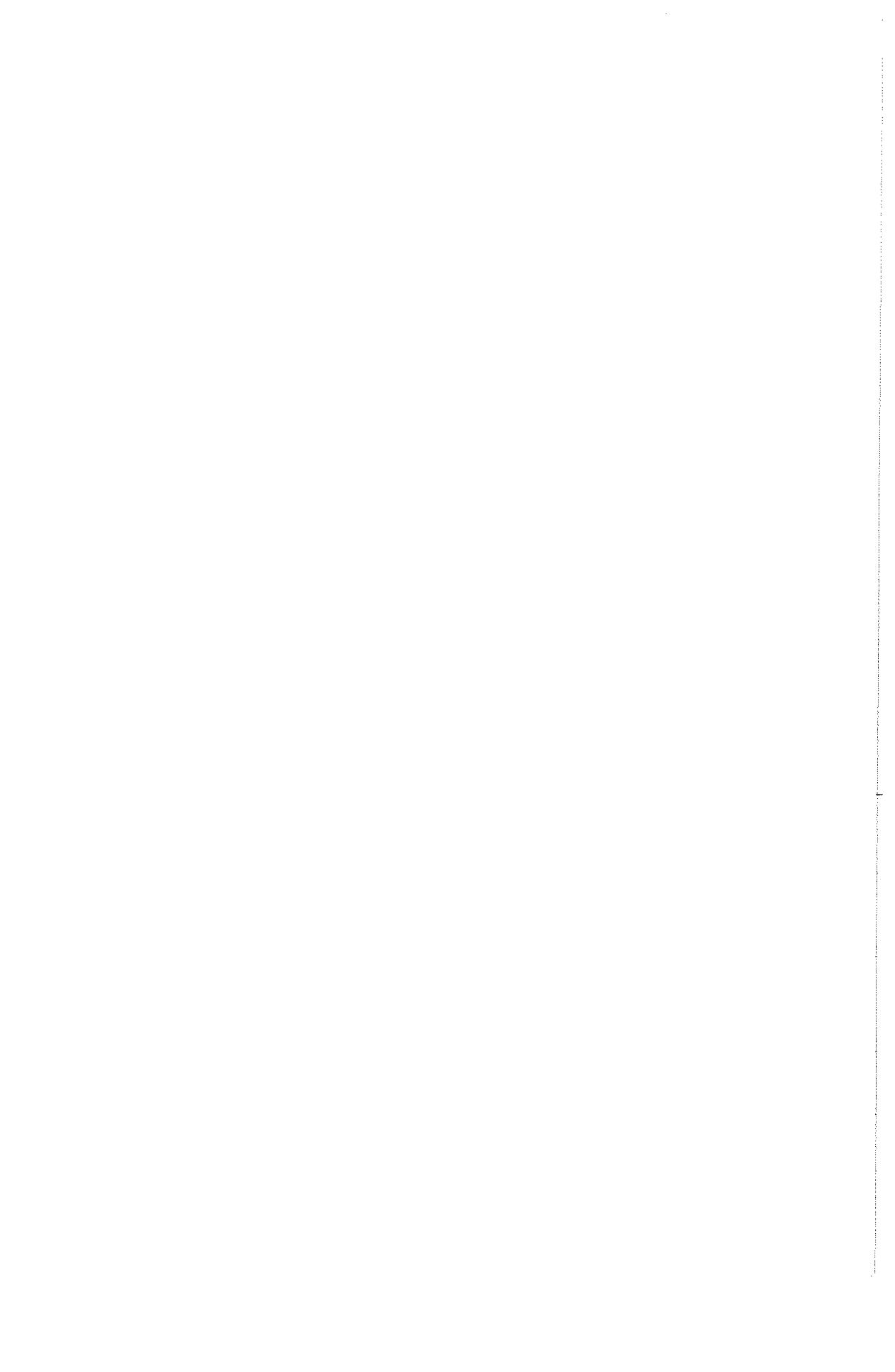
Reales Sozialprodukt

USA	6½	6½
Japan	8½	11
Bundesrepublik Deutschland	3	5
Frankreich	5½	5½
Großbritannien	3½	4½
Italien	3	5
Belgien	4	4½
Niederlande	3½	4½
Schweden	2½	4
Schweiz	4½	4½
Österreich	5½	5

Verbraucherpreise

USA	3	4
Bundesrepublik Deutschland	5½	5½
Frankreich	6	6
Großbritannien	6½	9½
Italien	6	7
Belgien	5	5
Niederlande	7½	6½
Schweiz	6½	6½
Österreich	6,3	7,5

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen.



VORTRÄGE UND AUFSÄTZE

- Nr. 1 F. Nemschak: Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaftspolitik. Februar 1947.
- Nr. 2 R. Grünwald: Zur Methodik der Wirtschaftsplanung. April 1947.
- Nr. 3 F. Nemschak: Österreichs Weg aus der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft. Oktober 1948.
- Nr. 4 F. Nemschak: Der Weg zu einem gesamtwirtschaftlichen Konzept. Dezember 1951.
- Nr. 5 Zum 25jährigen Bestand des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung. November 1952. (Vergriffen.)
- Nr. 6 F. Nemschak: Österreichs Wirtschaft im Übergang von der Stabilisierung zur Expansion. April 1953. (Vergriffen.)
- Nr. 7 F. Nemschak: Öffentliche und private Wirtschaft im Dienste der Gesamtwirtschaft. Oktober 1953.
- Nr. 8 F. Nemschak: Liberalisierung und Zollpolitik in Österreich. Juli 1954.
- Nr. 9 F. Nemschak: Investitionsfinanzierung und Kapitalmarkt. Oktober 1954.
- Nr. 10 F. Nemschak: Konjunkturstabilisierung, gegenwärtig das Hauptproblem der österreichischen Wirtschaftspolitik. November 1954. (Vergriffen.)
- Nr. 11 F. Nemschak: Österreichs Wirtschaft nach dem Staatsvertrag. Dezember 1955.
- Nr. 12 F. Nemschak: Die Zukunft der österreichischen Wirtschaft. Österreich und die europäische Integration. September 1959. (Vergriffen.)
- Nr. 13 F. Nemschak: Aspekte der österreichischen Konjunkturpolitik im Herbst 1960. Oktober 1960.
- Nr. 14 F. Nemschak: Österreich und die europäische Integration. November 1960.
- Nr. 15 F. Nemschak: Amtliche Statistik und Wirtschaftsforschung. Zwei Vorträge: Die amtliche Statistik im Spannungsfeld von Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft — Die Bedeutung der amtlichen Statistik für Staat und Wirtschaft. Juni 1961.
- Nr. 16 F. Nemschak: Aspekte der österreichischen Integrationspolitik. Oktober 1961.
- Nr. 17 F. Nemschak: Der private Konsum in der wachsenden Wirtschaft (am Beispiel Österreichs). November 1961.
- Nr. 18 F. Nemschak: Aspekte des Wachstums der österreichischen Landwirtschaft. Dezember 1961.
- Nr. 19 F. Nemschak: Probleme der österreichischen Konjunkturpolitik im Herbst 1962. Oktober 1962.

- Nr. 20 F. Nemschak: Der Ruf nach einem Gesamtkonzept der österreichischen Wirtschaftspolitik. Dezember 1962.
- Nr. 21 F. Nemschak: Voraussetzungen und Aussichten einer Assoziation Österreichs mit der EWG April 1963.
- Nr. 22 F. Nemschak: Zwischenbilanz der europäischen Integration. Ein Vorschlag für Österreich: „Assoziation mit Mitbestimmung.“ Mai 1964. (Vergriffen.)
- Nr. 23 F. Nemschak: Längerfristiges Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsplanung in Österreich. September 1965.
- Nr. 24 H. Seidel: Investitionsprobleme in einer wachsenden Wirtschaft. Juli 1966.
- Nr. 25 F. Nemschak: Probleme der österreichischen Wirtschaftspolitik an der Jahreswende 1966/67. Jänner 1967
- Nr. 26 F. Nemschak: Die österreichische Wirtschaft an der Jahreswende 1967/68. Jänner 1968.
- Nr. 27 E. Streissler: Die österreichische Industrieproduktion im Konjunkturverlauf. Juli 1969.
- Nr. 28 F. Nemschak: Österreichs Wirtschaft in den 60er und 70er Jahren. Jänner 1970.
- Nr. 29 F. Nemschak: Für ein industriepolitisches Konzept Österreichs. Mai 1970.
- Nr. 30 F. Nemschak: Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1970/71 — Rückschau und Ausblick. Jänner 1971.
- Nr. 31 F. Nemschak: Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1971/72 — Rückschau und Ausblick. Jänner 1972.
- Nr. 32 F. Nemschak: Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1972/73 — Rückschau und Ausblick. Jänner 1973.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Verantwortlich: Prof. Dkfm. Hans Seidel. Alle: Wien 3, Arsenal, Obj. 20; Postanschrift 1103 Wien, Postfach 91; Tel. 65 66 61 (Serie).
 Druck: Carl Ueberreuter (M. Salzer), 1095 Wien 9, Alser Straße 24.